

12. November 2001

„Gelebte Nachbarschaft“ Niederösterreich – Tschechien – Slowakei Studie über Einstellung der Bevölkerung zur EU-Erweiterung

Weil die Diskussion um die EU-Erweiterung mit teilweise falschen Zahlen in die falsche Richtung gelaufen sei, wie Dr. Gerhard H. Bauer, Generalsekretär der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik, betonte, hat seine Gesellschaft gemeinsam mit dem Institut für Trendanalysen und Krisenforschung Interviews und Meinungsumfragen über die Einstellung der Bevölkerung zur EU-Erweiterung beiderseits der Grenze Niederösterreichs mit der Slowakei und Tschechien durchgeführt. Die Ergebnisse dieser Studie wurden am Freitag in St.Pölten präsentiert:

Demnach sind zwei Drittel der Niederösterreicher nicht der Meinung, dass die Öffnung der Grenze zu Tschechien und der Slowakei eine „schlechte Sache“ war. Nur eine Minderheit der Niederösterreicher ist der Ansicht, dass sie persönlich (16 bzw. 17 Prozent), ihre Gemeinde (23 bzw. 29 Prozent) und Niederösterreich (23 bzw. 24 Prozent) aus der Grenzöffnung mehr Nachteile erfahren hätten. Nicht abgelehnt wird ein EU-Beitritt Tschechiens und der Slowakei von 63 Prozent.

Allerdings haben mehr als drei Viertel der Niederösterreicher selten oder nie Kontakt zu Tschechen bzw. Slowaken, wenn dies doch der Fall ist, stehen dabei Treffen mit Freunden deutlich im Vordergrund. Nur eine kleine Minderheit hält sich mindestens einmal pro Monat im Nachbarland auf, an erster Stelle stehen dabei Besichtigungen, Ausflüge und Einkaufen.

Niederösterreichs Beauftragter für die EU-Erweiterung, Dr. Gerhard Silberbauer, nannte in diesem Zusammenhang die Studie besonders wertvoll für den Abbau von Informationsdefiziten und eine gute Grundlage für das sehr ambitionierte NÖ Fitnessprogramm. Für die EU wird die Erweiterung zu einer Win-Win-Situation führen, am stärksten profitieren werden Österreich und Deutschland. Für Niederösterreich wird der Nutzen die Kosten übersteigen, zeigte sich Silberbauer überzeugt.

Anzustreben sind laut Silberbauer neben einem Aufholen des Rückstandes bei der Verkehrsinfrastruktur, bei der jetzt das Jahr 2003 als Baubeginn für Nordautobahn bzw. Spange Kittsee feststeht, vor allem mehr Grenzübergänge zur Slowakei. Mit bereits rund 100 betrieblichen Kooperationen von kleinen und mittleren Unternehmen sei diese Ebene der Zusammenarbeit keine Seltenheit mehr, vermehren ließe sich allerdings die Zahl der Gemeinde-Partnerschaften, auch Schulen könnten zu mehr grenzüberschreitenden Aktivitäten ermuntert werden. Insgesamt sei die Aufgeschlossenheit gegenüber den Nachbarn unmittelbar an der Grenze viel höher als im Landesinneren, so Silberbauer.

NK Presseinformation

Nationalratsabgeordneter Dr. Hannes Bauer führte in seiner Funktion als Vorsitzender des Instituts für Trendanalysen und Krisenforschung aus, wenn mit den neuen Ländern in Brüssel eine gemeinsame Strategie verfolgt werden solle, dürfe man „die Türe nicht im vorhinein zuschlagen“. Seit 1989 habe sich der Export verdreifacht und der Import verdoppelt, auch der Warenverkehr sei mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft längst liberalisiert. Aus heutiger Sicht auf den Stand der Verhandlungen sei anzunehmen, dass ein Teil der Staaten bereits an der Europa-Wahl im Juni 2004 teilnehmen könne.

Die im Zuge der Studie durchgeführten Bürgermeister-Gespräche fasste Bauer dahingehend zusammen, dass die Grenzöffnung allgemein mit wirtschaftlichem Aufschwung, einer allgemeinen Belebung und einem Stopp der Abwanderung in Verbindung gebracht werde. In Bezug auf vorherrschende Ängste sei die steigende Kriminalität kein Thema mehr, sehr wohl aber der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, bei der es seit 1989 kaum Verbesserungen gegeben hätte. Auch die Betriebsansiedlungshoffnungen seien bis dato nicht erfüllt. Angesichts der seit 1867 wechselseitig vorherrschenden Traumata sei jedenfalls die gemeinsame Vergangenheit keine Option für die Zukunft, sehr wohl aber gemeinsame Visionen, so Bauer abschließend.

Nähere Informationen unter der Telefonnummer 01/533 49 99 bzw. per e-mail unter europa@euro-info.net. Die Unterlagen stehen auch im Internet unter www.euro-info.net zur Verfügung.

Zu diesem Artikel gibt es eine unterstützende Audiodatei. Diese ist zum Download nicht mehr verfügbar. Bitte wenden Sie sich an: presse@noel.gv.at